

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 142. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. Dezember 2016, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Stefan Bolln (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Aufhebung des Sperrvermerks der im Haushalt des ULD ausgewiesenen A-13-Planstelle	4
Schreiben der Leiterin des ULD Umdruck 18/6725	
2. Information/Kenntnisnahme	5
3. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4355	
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4356	
<ul style="list-style-type: none">• Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Umdruck 18/6991• Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Umdruck 18/6993 (neu)• Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Umdruck 18/6994• Nachschiebeliste der Landesregierung, Umdruck 18/6808• Änderungsantrag der Koalition, Umdruck 18/6992 (neu) 2. Fassung	
4. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Aufhebung des Sperrvermerks der im Haushalt des ULD ausgewiesenen A-13-Planstelle

Schreiben der Leiterin des ULD

[Umdruck 18/6725](#)

Frau Hansen, Leiterin des ULD, teilt mit, man könne die Stelle aus dem vorhandenen Haushaltsansatz finanzieren und im Laufe des Jahres 2017 besetzen.

Der Vorsitzende bekräftigt die Erwartung des Finanzausschusses, rechtzeitig vor der Sitzung über konkrete Berechnungen schriftlich informiert zu werden.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung von CDU und FDP stimmt der Finanzausschuss der Aufhebung des Sperrvermerks der im Haushalt des ULD ausgewiesenen A-13-Planstelle, [Umdruck 18/6725](#), zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdrucke 18/6932](#) und 18/7018- Sozialhilfe

[Umdruck 18/6975](#) - Stadtwald Lübeck

[Umdruck 18/6976](#) - Kommunalen Finanzausgleich

[Umdruck 18/6977](#) - Mitteilungsverordnung Steuer

Zu [Umdruck 18/7018](#) bemängeln Abg. Koch und Dr. Garg, die Aufsplittung der zusätzlichen Mittel für die **Eingliederungshilfe** sei wenig transparent und eher verwirrend.

Demgegenüber begründet Finanzministerin Heinold die Veranschlagung der Risikovorsorge von 13 Millionen € in Einzelplan 11 und des Nachfinanzierungsbedarfs von 11,5 Millionen € in Einzelplan 10 mit dem Grundsatz der Haushaltstransparenz.

Der Finanzausschuss nimmt ihr Angebot an, den Mittelabfluss bei der Eingliederungshilfe in den letzten drei Jahren konkreter darzustellen und nach einer möglichst transparenten Haushaltsveranschlagung zu suchen.

Nach Auffassung von Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer widerspricht [Umdruck 18/6975](#) dem Votum des Finanzausschusses. Auch der **Stadtwald Lübeck** müsse zur Haushaltskonsolidierung der Hansestadt beitragen.

Abg. Rother bemerkt, dass die Lübecker Bürgerschaft nicht immer bereit sei, bestehende Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen.

Im Rahmen der Kenntnisnahme von [Umdruck 18/6976](#) - **Kommunaler Finanzausgleich** - bittet der Finanzausschuss, zukünftig bei regierungsseitig durchzuführenden Anhörungen der kommunalen Landesverbände zu Gesetzentwürfen, Haushaltsvorlagen oder einer über den Bereich des Landes hinausgehenden Vereinbarung, die wichtige kommunale Belange berühren und deren Anhörungsergebnisse dem Finanzausschuss durch die Landesregierung zugeleitet werden, im Zuge der regierungsseitigen Anhörung auch unverbindlich abzufragen, ob damit nach Auffassung der kommunalen Landesverbände auf eine Anhörung durch den Ausschuss nach § 25 Absatz 3 Geschäftsordnung des Landtags verzichtet werden kann. - Finanzministerin Heinold sagt dies zu.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/4355](#)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/4356](#)

(überwiesen am 21. September 2017)

- Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/6991](#)
- Änderungsantrag der Fraktion der FDP, [Umdruck 18/6993](#) (neu)
- Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/6994](#)
- Nachschiebeliste der Landesregierung, [Umdruck 18/6808](#)
- Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 18/6992](#) (neu) 2. Fassung

Zum Haushaltsantrag der CDU weist Finanzministerin Heinold darauf hin, dass sich in der Rücklage Personal kein Geld befinde. Zum Haushaltsantrag der FDP fragt sie den Rechnungshof, wann mit ersten Prüfergebnissen in Sachen Eingliederungshilfe zu rechnen sei.

Präsidentin Dr. Schäfer kündigt an, der Rechnungshof werde die Prüfungen zur Eingliederungshilfe Anfang 2017 beginnen; nach einigen Monaten könne man über erste Ergebnisse berichten.

Abg. Dr. Garg erwartet, dass bei der Eingliederungshilfe ein neues Moratorium angestrebt werde.

Abg. Koch erläutert den Vorschlag der CDU zur Personalarücklage. Man wolle verhindern, dass Haushaltsmittel aus nicht ausgeschöpften Personalbudgets nachträglich in Ansatz gebracht würden.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN wird der Änderungsantrag der CDU, [Umdruck 18/6991](#), abgelehnt. Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN wird der Änderungsantrag der FDP, [Umdruck 18/6993](#) (neu), abgelehnt. Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP wird der Änderungsantrag der PIRATEN, [Umdruck 18/6994](#), ebenfalls abgelehnt.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition wird die Nachschiebeliste der Landesregierung, die von der Koalition als Antrag übernommen wird, [Umdruck 18/6808](#), angenommen. Der Antrag der Koalition zum Haushaltsbegleitgesetz wird einstimmig angenommen, die übrigen Änderungen im Haushaltsantrag der Koalition, [Umdruck 18/6992](#) (neu) 2. Fassung, werden mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, das Haushaltsgesetz und Haushaltsbegleitgesetz 2017, Gesetzentwürfe der Landesregierung, [Drucksachen 18/4355](#) und 18/4356, mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Finanzausschuss beschließt, über den Gesetzentwurf der Koalition zur Errichtung eines Sondervermögens „REFUGIUM“, [Drucksache 18/4935](#), mit den kommunalen Landesverbänden am 15. Dezember 2016, 13:30 Uhr, zu beraten.

Auf Nachfrage von Abg. Koch bestätigt Ministerin Heinold, dass es für den Gesetzentwurf der Koalition vonseiten der Landesregierung eine Zuarbeit gegeben habe.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 10:45 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer